



Keine Sonderzahlung für Pensionäre – und auch Aktive nach wie vor abgehängt

Der Wiedereinstieg in eine Sonderzahlung kommt. Das sehen wir trotz des zu geringen Betrags positiv. Wir kritisieren aber, dass Pensionäre/-innen außen vorgelassen werden: Auf die Anfang Juli präsentierten Vorstellungen der Landesregierung für den Haushalt 2020 haben wir als GdP sofort Nachbesserungen eingefordert.

In einer schriftlichen Antwort von der Politik wird der Vorhalt „man würde die Lebensleistung der jetzigen Pensionierten missachten“, als „unfair“ bezeichnet. „Eigentlich wollte man ja die Pensionäre/-innen teilhaben lassen, aber die Haushaltssituation sei schwierig, mit dem Finanzminister habe man sich dann darauf verständigt, die Pensionäre/-innen nicht teilhaben zu lassen ...“

Was ist nun unfair? Der Vorhalt oder doch der Fakt, dass die Politik den Pensionären/-innen tatsächlich keinerlei Form einer wie auch immer ausgestalteten Sonderzahlung gewährt? Darüber gibt es bei den Pensionierten und bei der GdP eine klare Meinung: Es ist und bleibt unfair, dass hier in Niedersachsen die Pensionäre/-innen vorsätzlich außen vor gelassen wurden. Übrigens, mit den Gewerkschaften hat darüber niemand gesprochen. Wir sind bis zur Pressekonferenz der Landesregierung nach der Haushaltsklausur am 1. Juli 2019 davon ausgegangen, dass auch Pensionäre/-innen eine Sonderzahlung erhalten. Ein fairer Umgang im Bereich der Sozialpartnerschaft geht anders!

Zu unserer Meldung „Landesregierung grenzt Pensionäre aus“ haben wir viele Rückmeldungen erhalten. Ein Kollege hat dargestellt, dass die Rente im Vergleich zur Pension zu klein sei und man solle sich langsam auch die reale Lebenswelt der Mitmenschen ansehen. Ich habe ihm folgendes geantwortet:

„Du hast Recht, wenn Du die Höhe der Rente als zu gering empfindest. Das sehen wir auch so und deshalb gibt es seitens der DGB-Gewerkschaften entsprechende Initiativen, und da bleiben

wir dran. Genauso setzen wir uns auch für die Verbesserung der Situation bei den Versorgungsempfängern/Pensionierten ein. Auch das ist unser Auftrag. Leider wird seitens der Politik immer wieder versucht, die unterschiedlichen Systeme (Rente und Pension) dafür zu nutzen, die Menschen gegeneinander auszuspielen. Da dürfen wir nicht mitspielen. Die beiden Systeme sind nicht miteinander vergleichbar, aber geneigtes Klientel „verunglimpft“ immer mal wieder die Beamten/-innen.

Wir fordern daher dazu auf, Äpfel nicht mit Birnen zu vergleichen. Es gibt bei den Tarifbeschäftigten Vorteile, z.B. was das Weihnachtsgeld/Sonderzahlung oder die Tarifierhöhungen anbetrifft, und es gibt für Beamten/-innen Vorteile, die sich aber auch aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums mit lebenslanger Alimentation ergeben.

Bei beiden gibt es auch Nachteile: Fest steht, dass bis auf drei Länder alle anderen ein Weihnachtsgeld/eine Sonderzahlung auch für Beamte/-innen und die meisten auch für Pensionär/-innen entrichten. Also warum sollte diese gerechte Verfahrensweise nicht auch in Niedersachsen möglich sein? Ohne unsere gewerkschaftliche Arbeit in den letzten 15 Jahren wäre auch der – eindeutig viel zu geringe Einstieg – nicht gekommen. Deshalb sagen wir: Diese 300 Euro können nur der Anfang sein!

Unfair ist und bleibt zudem auch, dass die Kollegen/-innen in anderen Ländern höher besoldet und schneller befördert werden, eine höhere DuZ-Zulage bekommen, auch über eine höhere und wieder ruhegehaltfähige Polizeizulage diskutiert wird und dass die Tarifvereinbarungen dort nicht zum wiederholten Male verspätet übertragen werden. Andere Bundesländer verbessern die Einkommen im öffentlichen Dienst, weil sie ansonsten nicht mehr konkurrenzfähig sind und kein geeignetes Personal mehr finden. Ein Gehaltsunterschied von mehreren Hundert Euro pro Monat ist ungerecht! Dafür ist die Arbeit der Polizei in Niedersachsen

zu gut, als dass wir das akzeptieren dürfen. Der aktuelle DGB-Besoldungsreport spricht da eine eindeutige Sprache. Und auch das Bundesverwaltungsgericht hat im Herbst 2018 festgestellt, dass die Besoldung in einzelnen Gehaltsgruppen in Niedersachsen zu niedrig bemessen ist. Irgendwann wird das Bundesverfassungsgericht ein Urteil sprechen, welches das Land Niedersachsen dann aber beachten muss.

Wir dürfen der Politik nicht auf dem Leim gehen und immer einfach das als ausreichend ansehen, was man uns „zugesteht“. Oft agiert die Politik so, dass erst alles weggenommen und nach einiger Zeit dann wieder ein bisschen gegeben wird. Die Argumentation mit der Haushaltslage kenne ich so lange, wie ich gewerkschaftlich arbeite. Ist genug Geld da, müssen Schulden abgebaut werden. Ist zu wenig da, kann man auch nicht mehr ausgeben. Seit Jahren die gleiche „Leier“, aber überall hakt es. Ob Mindeststärke, Ausstattung, Bezahlung, Liegenschaften, Technik usw. ... überall krankt es! Es läuft ja trotzdem, aber nur, weil die Beschäftigten so idealistisch und improvisierend agieren, dass es die Menschen draußen es nicht merken. In erster Linie sind es die Beschäftigten, die dafür sorgen, dass die Menschen der Polizei vertrauen.

Wir werden weiter darauf hinarbeiten, dass es gerechter auch in Niedersachsen zugeht, für Tarifbeschäftigte, Rentner/-innen und Beamte/-innen sowie Pensionsberechtigten. Denn wir empfinden es als äußerst ungerecht, dass man die Versorgungsempfänger/-innen, die unseren Staat mit aufgebaut haben und die sich auf ihre Alimentation bis zum Lebensende verlassen haben, nicht teilhaben lässt. Einige, die sich bei uns gemeldet haben, sprechen von einem einseitigen Vertragsbruch durch die Politik.

Lassen wir nicht zu, dass die unterschiedlichen Beschäftigtengruppen auseinanderdividiert werden. Nur gemeinsam sind wir stark!“

Dietmar Schilff, GdP-Landesvorsitzender



Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe **11/2019 bis zum 29. September 2019.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Entscheider, Verbinder, Erklärer

Sommerzeit ist Reisezeit – jedenfalls für die meisten. Die innere Sicherheit ist aber eine Sache, die 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag gewährleistet sein will. Das LandesJournal nimmt sich heute die Zeit und spricht mit Sascha Göritz über seine Arbeit. Der 45-Jährige leistet in Vollzeit seinen Dienst als Dienstabteilungsleiter im ESD am Sitz der PI Goslar.

von Alkoholkonsum außer Kontrolle gerät. Die Leute können nicht an sich halten und fassen sich gegenseitig ins Gesicht. Meine Kollegen und ich müssen dann schlichten, Rettungswagen rufen und Sachverhalte klären. Dabei ist festzustellen, dass der Respekt vor der Polizei immer mehr abnimmt. Irgendwie wird auch generell der menschliche Umgang in der Gesellschaft immer ruppiger. Schuld haben immer die anderen. Verantwortung für sein eigenes Handeln zu übernehmen, scheint aus der Mode gekommen zu sein. Gleichzeitig ist man immer schnell mit dem Handy dabei, um die Polizei zu rufen. Das ist an und für sich

DP: Hallo Sascha, Hitze, Feiern, Urlaubszeit – wie geht es in diesen Wochen den „Helden des Asphalts“?

Du findest uns auf 
facebook.com/gdp.niedersachsen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Philipp Mantke
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454



Sascha Göritz ist Dienstabteilungsleiter im ESD in Goslar.

Foto: privat

Sascha: Vielen Dank für die nette Einleitung. Tagsüber fühlen wir uns im Funkstreifenwagen schon manchmal wie Helden, zumindest dann, wenn uns die Kinder zuwinken. Das sind dann die schönen Seiten des Berufes, aber es gibt eben auch viele andere Situationen, die einen belasten.

natürlich richtig, aber viele Situationen lassen sich vielleicht auch erst einmal mit einem ruhigen, vernünftigen Gespräch regeln, ohne dass die Polizei hinzugezogen werden muss. Oft ist es dann auch so, dass der Anrufer gar keine Klärung durch die Polizei erwartet, sondern nur die Bestätigung, dass er und sonst niemand Recht hatte.

DP: Welche sind das?

Sascha: Die Belastungen sind ganz unterschiedlicher Art. Da gibt es zum einen die in Einsatzsituationen. Gerade jetzt im Sommer, wenn die eine oder andere Gartenparty aufgrund

DP: Du sprichst von Belastungen unterschiedlicher Art. Welche gibt es noch?

Sascha: Nun, die Menschen sind froh, wenn sie bei einem Augenarzt



AUS DEM ALLTAG EINES DIENSTABTEILUNGSLEITERS (DAL)

mit drei Monaten Vorlauf einen Termin bekommen und murren nicht, wenn sie dann trotzdem noch zwei Stunden im Wartezimmer verbringen müssen. Kommt aber einer zur Polizei, um einen Fahrraddiebstahl anzuzeigen, der schon zwei Wochen her ist, dann muss alles gleich und sofort passieren. Außerdem brauche man eh nur ein Aktenzeichen für die Versicherung.

Und warum man sich unbedingt sonntags bei der Polizei darüber beschweren muss, dass schon seit Wochen der Nachbar die gelben Säcke zu früh rausstellt, verstehe ich auch nicht. Natürlich kann man sagen, das sind doch marginale Belastungen – dennoch, ich spüre bei mir persönlich eine kurze Leine in solchen Sachen, weil sie einen hindern, die wirklich wichtigen Dinge zu machen.

DP: Gibt es auch Belastung durch Personalstärken?

Sascha: Natürlich könnte in vielen Bereichen der Polizei mehr Personal an den Start kommen. Wenn ich aber für meinen Bereich ESD sprechen darf, definiere ich es so: wir

sind keine Auftrags-, sondern eine Vorhalteorganisation. Das heißt für mich, man muss vorab gemeinsam darüber entscheiden, wie viele Leute möchte ich zu welchen Zeiten vorhalten, also im Dienst haben, damit man diese und jene Einsatzsituation gut managen kann. Gut heißt dabei, dass man dem berechtigten Qualitätsanspruch an die Polizei von der Gesellschaft nach zeitnahe und professionellem Einschreiten sowie einer sichtbaren Präsenz und Ansprechbarkeit entspricht. Gut heißt auch, dass man anschließend ausreichend Zeit hat, den Vorgang so zu schreiben, dass der nächste in der Prozesskette, also die Kolleginnen und Kollegen im ermittelnden Bereich, nahtlos weiterarbeiten können. Gut heißt aber auch, dass alle gesund wieder nach Hause kommen.

Wie knapp das Personal ist, merkt man als DAL besonders in der Ferienzeit. Diese Zeit beginnt eigentlich schon kurz nach den Osterferien und endet nach den Herbstferien. In diesen Monaten versuchen Familienmütter und -väter genauso wie Kolleginnen und Kollegen ohne

schulpflichtige Kinder, ihren Urlaub unterzubringen.

DP: Welche Rolle hast du dabei als DAL?

Sascha: Wir schaffen das als Dienstabteilung nur im Team. Da gilt es den Blick, die helfende Hand, das Verständnis für den anderen zu haben. Das geht bei einer guten Stimmung. Hier sehe ich eine wichtige Verantwortung als Chef. Manchmal bin ich Zuhörer, Erzähler oder auch gern der Gute-Laune-Mann. Ich bin aber auch Verbinder und Erklärer. Als direkter Vorgesetzter, der mit den Kollegen zusammen an der Asphaltfront steht, habe ich auch die Aufgabe, Bindeglied zu anderen Führungsebenen der Polizei zu sein. Dabei darf ich dann im unmittelbaren Gespräch Entscheidungen und Regelungen anderer erklären und vertreten. Das ist auch ein spannender Teil meiner Arbeit – man lebt quasi das eine oder andere Mal in zwei verschiedenen Welten.

DP: Sascha, wir bedanken uns für das Interview**Red.****BEREITSCHAFTSPOLIZEI****Zwischen Maschseefest und Bundesliga**

Arbeiten, während andere frei haben. Dies gilt in kaum einem polizeilichen Bereich so sehr, wie in der Bereitschaftspolizei. Die Landesjournal-Redaktion hat in der ZPD die Kollegin Sophie Steiner getroffen und sie zu ihrem Arbeitsalltag im Sommer befragt.

Die Tafel, die im Arbeitsraum der hannoverschen Hundertschaft hängt, ist eng mit Terminen vollgeschrieben: Maschseefest, Fußballspiele, Demonstrationen, Durchsuchungen und Unterstützung von Einzeldienstbehörden, an allzu viel Freizeit scheint dieser Tage nicht zu denken zu sein. Sophie Steiner ist Gruppenführerin in der Bereitschaftspolizei. Für sie sind solche Einsätze Alltag.

Insbesondere im Sommer erwartet die Kollegen/-innen der Bereitschaftspolizei mit dem warmen Wetter eine zusätzliche Belastung. „Die

Einsatzbekleidung ist nicht atmungsaktiv, im Einsatzanzug ist es ziemlich heiß. Wenn wir die Körperschutzausstattung tragen, wird es natürlich nicht besser“, erzählt Sophie. Über der Schutzausstattung wird zur Eigensicherung zusätzlich ein Blouson getragen.

Für ausreichend Flüssigkeit ist in der Regel gesorgt: „Die Einsatzküchen achten bei dem Wetter darauf, bei längeren Einsätzen zusätzliche Getränke und Erfrischungen bereitzustellen“, sagt die Gruppenführerin.

Und auch die Personalsituation hat sich seit April deutlich entspannt. Rund 170 Kollegen/-innen aus dem ersten Doppeljahrgang haben die Hundertschaften personell wieder auf „Soll“ gebracht. So sind die Hundertschaften trotz Urlaubszeit für die Einsätze gewappnet. Langeweile kommt trotzdem nicht auf. „Wir versuchen meist, im Sommer die Stunden abzubauen, die wir im Winter angesammelt haben. Das klappt allerdings



Gruppenführerin Sophie Steiner beim Hurricane-Festival.

Foto: privat

nicht wirklich. Immerhin schaffen wir es meist nach längeren Einsätzen, erst einmal frei zu machen.“

Philipp Mantke

Wir wollen, dass ihr gut ausgebildet seid!

Ausbildung und Qualifizierung an der Polizeiakademie

Den Personalräten ist es wichtig, dass immer ausreichend und vor allem gut und zielgerichtet qualifizierte Kollegen/-innen in der Polizei beschäftigt sind. Von daher ist es zentrales Anliegen, in einem fortlaufenden Prozess die aktuelle polizeiliche Aus- und Fortbildung an der Polizeiakademie zu beleuchten, kritisch zu hinterfragen und mit neuen Impulsen zu versehen. Die dynamischen Berufsanforderungen rufen geradezu nach einer kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung der Lehr- und Studieninhalte an die sich ändernden Anforderungen der polizeilichen Praxis. Hier verstehen wir uns als Ideengeber und Sprachrohr, um die Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.



Wir setzen uns dafür ein, dass du immer auf dem neuesten Wissensstand bist.

Foto: Philipp Mantke

Mit dem international anerkannten, akkreditierten Bachelorstudiengang, an dessen ständiger Fortentwicklung wir als Personalrat und mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) beteiligt sind, haben wir eine zeitgemäße Grundlage, um Kollegen/-innen bestmöglich auf die Anforderungen in den vielen verschiedenen Berufsfeldern unserer Polizei vorzubereiten. Durch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem PHPR und den Behörden konnten wir stets qualifiziertes und motiviertes Lehrpersonal

gewinnen. Es ist aber wichtig, die Attraktivität der Lehre zu steigern, z. B. müssen Dienstposten- und Arbeitsplätze angemessen bewertet werden und muss mehr Möglichkeiten zur Beförderung geben. Dies sind zentrale Forderungen des Personalrats an der Polizeiakademie.

Doch damit ist es nicht getan. Wir brauchen zielgruppenspezifische Möglichkeiten der Fortbildung, moderne Trainingsstätten und vor allem ausreichend Zeit: Allen Beschäftigten der Polizei Niedersachsen sollte ein garantiertes Fortbildungszeitkontingent zur Verfügung stehen, auf das jährlich verlässlich zurückgegriffen werden kann. Denn unsere Erfahrung ist: Wer gut qualifiziert ist, kommuniziert auf Augenhöhe mit anderen gesellschaftlichen Akteuren und wird für seine Arbeit wertgeschätzt. Wer gut qualifiziert ist, ist besser gewappnet, um schwierige und herausfordernde Einsätze und Ermittlungen zu meistern.

Es ist uns wichtig, unseren Kolleginnen und Kollegen bereits während des Studiums aufzuzeigen, wie bedeutend Personalvertretungen und Berufsvertretungsorganisationen sind. Die JAV und der Personalrat der Polizeiakademie Niedersachsen sind nicht nur gut miteinander vernetzt, beide haben auch einen unmittelbaren und offenen Zugang zur Akademieleitung. Die JAV kann ihre Anliegen zudem direkt an den PHPR richten. Somit haben wir eine starke Stimme. Wir wollen, dass Studierende, Lehrende wie auch Beschäftigte in den Dienststellen uns sagen, wo „der Schuh drückt“, wie Aus- und Fortbildung noch besser werden könnte und wie wir gemeinsam die Besten bleiben.

An der PA in Niedersachsen bieten wir einen Bachelorstudiengang an, der ohne Auflagen akkreditiert ist. Das bedeutet, dass das Curriculum und die Fortbildungsinhalte ständig weiterentwickelt werden müssen und sich dabei konsequent an der polizeilichen Praxis, ihren Anforderungen und ihrem Bedarf orientieren müssen. Hierfür stehen wir. Unsere polizeiliche Aus- und Fortbildung hat einen guten Ruf und genießt große Anerkennung. Durch eine starke Personalvertretung soll dies auch zukünftig so sein.

Dem Fachkräftemangel bei der Polizei vorbeugen

Der Polizeihauptpersonalrat hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, die Aus- und Fortbildung für die Tarifbeschäftigten spürbar zu verbessern und auszubauen. Denn wir, die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer/-innen im PHPR, sind der Überzeugung, dass die Angestellten sichtbare Perspektiven brauchen und einem Fachkräftemangel bei der Polizei vorgebeugt werden muss.

Im Rahmen unserer Forderungen haben wir deshalb die vielfältigen Aufgabenbereiche unserer Kolleginnen und Kollegen in den Fokus genommen und festgestellt: In den Dienststellen der Polizei des Landes schlummert erhebliches Organisationswissen und überdies erhebliche berufliche Erfahrung. Das muss genutzt werden!

Wir haben deshalb zum Beispiel die Dauer der Modulausbildung der Analysekräfte oder der kriminaltechnischen Angestellten hinterfragt. Unsere Arbeit hat dazu geführt, dass nun die zeitlichen Abläufe der unterschiedlichen Modulausbildungen betrachtet werden. Dabei ist es uns wichtig, dass die jeweilige Modulausbildung nach spätestens einem Jahr abgeschlossen ist und eine tarifgerechte Eingruppierung erfolgt! Daneben müssen auch neue Hochschulbildungen wie zum Beispiel Bachelorstudiengänge im Bereich Forensik Berücksichtigung finden. Wir haben darauf hingewiesen, dass fachspezifische Bereiche für Bewerber/-innen mit dieser Ausbildung zu öffnen und sie anhand der – unstrittig vorhandenen – Qualifikation, tarifkonform zu bewerten sind. Außerdem haben wir wiederholt darauf hingewiesen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Schreib- und Verwaltungsdienst oder in den Geschäftszimmern auf die Neuerungen der Arbeitswelt wie audiovisuelle Vernehmungen oder aber die „digita-



PERSONALRATSWAHLEN 2020 – GdP HANDELT

le Akte“ rechtzeitig vorbereitet werden müssen!

Darüber hinaus achten wir darauf, dass sich die Einführung von PIAV (Polizeilicher Informations- und Analyseverbund) nicht negativ auf die Aufgaben unserer betroffenen Kollegen/-innen auswirkt. Wir fordern daher, dass Herabgruppierungen aufgrund der Einführung weiterer Wirkstufen von PIAV ausgeschlossen werden! Die Aus- und Fortbildung (Qualifikation) der betroffenen Kolleginnen und Kollegen steht für uns hierbei an erster Stelle.

Wir, die Vertretung der Arbeitnehmer/-innen im PHPR, sind der Überzeugung, dass diese beschriebenen Initiativen eine Lösung für den sich abzeichnenden Fachkräftemangel darstellen können. Wir fordern die zuständigen Stellen dazu auf, in den nächsten Jahren mit uns, dem PHPR, an den beschriebenen Lösungsansätzen zu arbeiten und darüber hinaus weitere berufliche Perspektiven für die Tarifbeschäftigten über eine starke Initiative für Aus- und Fortbildung zu entwickeln.

Verwaltungslehrgänge – Chance oder Hürde für einen Aufstieg im Tarifbereich?

Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote in der Polizei sind wertvolle Bausteine, um Mitarbeiter/-innen auf die Entwicklungen und die veränderten Anforderungen ihres Arbeitsplatzes vorzubereiten. Deshalb halten wir als GdP die Verwaltungslehrgänge I und II für erforderlich und plädieren für eine Aufstockung dieser Lehrgangplätze als Qualifizierungsangebot für alle Beschäftigten. Wir regen aber auch an, die bestehenden Regelungen zu überdenken.

Auf jeden Fall ist es erforderlich, auch dezentrale Teilzeitlehrgänge als Standard einzurichten. Denn wir meinen: Teilzeitarbeit darf dabei kein Karrierehemmnis sein. Die ersten Erfahrungen des in Hannover durchgeführten zentralen Teilzeitlehrgangs (V I) zeigen aber, dass für Kollegen/-innen wegen zum Teil langer Anfahrtswege die Vereinbarkeit mit den familiären Aufgaben nicht gegeben ist. Deshalb müssen dane-

ben externe regionale Qualifizierungsangebote genutzt und polizei-spezifische Kenntnisse in eigenen, modularen Fortbildungen angeboten werden.

Wir fragen uns jedoch in diesem Zusammenhang, ob es noch zeitgemäß und tariflich erforderlich ist, die Übertragung von höherwertigen Tätigkeiten in der allgemeinen Verwaltung an die Ablegung der Verwaltungsprüfungen I oder II zu binden. Während die Arbeitgeberseite die sogenannte „81er-Vereinbarung/Ver-

ders erreichen. Von daher regen wir an, die jetzigen Regelungen zu überdenken. Das Land Niedersachsen hält als einziges Bundesland an der Absolvierung der Verwaltungslehrgänge als Voraussetzung für eine höherwertige Eingruppierung fest. Aus unserer Sicht ist es höchste Zeit, die „81er-Vereinbarung/Verwaltungslehrgänge“ anzupassen. Wir schlagen dazu individuelle Fortbildungsmodule vor. So können erfahrene Kräfte innerhalb der Polizei sowie gut ausgebildete Bewerber/-innen



Wir fordern Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für alle Beschäftigten. Daneben müssen auch neue Hochschulausbildungen wie zum Beispiel Bachelorstudiengänge im Bereich Forensik Berücksichtigung finden.

Foto: Philipp Mantke

waltungslehrgänge“ als unabdingbar ansieht, argumentieren wir als Gewerkschaft mit dem Tarifvertrag. Denn: Im Tarifvertrag der Länder ist eine Qualifizierungsvoraussetzung im allgemeinen Verwaltungsdienst erst ab der Entgeltgruppe 13 erforderlich. Daher wäre es aus unserer Sicht möglich, auch in den Entgeltgruppen 8 bis 12 Stellen an qualifizierte Mitarbeiter/-innen zu vergeben, die die Verwaltungsprüfung nicht abgelegt haben.

Viele Tarifbeschäftigte kommen mit einer adäquaten, guten beruflichen Ausbildung, teilweise mit abgeschlossenem Studium, zur Polizei. Sie können nicht verstehen, dass sie für das Erreichen einer höheren Entgeltgruppe – vielleicht sogar auf dem eigenen Arbeitsplatz – plötzlich den kompletten Verwaltungslehrgang brauchen.

Sicher, für eine neue Aufgabe muss auch die entsprechende Qualifikation vorhanden sein. Dies lässt sich unserer Ansicht nach auch an-

von außen entsprechend der besonderen Anforderungen der höherwertigen Arbeitsplätze fortgebildet werden. Attraktiv ist das sowohl für die Dienststellen, da sich die Abwesenheitszeiten der Beschäftigten erheblich reduzieren, als auch für die Beschäftigten, die eine gezielte Fortbildung erhalten. Damit würden die Beschäftigten eine bessere Perspektive für sich sehen – und die Polizei ein konkurrenzfähiger, interessanter Arbeitgeber bleiben.

**Eric Groenhoff,
Andreas Kaufß,
Elke Gündner-Ede**

Anzeige

POK aus Bremen sucht Tauschpartner aus Niedersachsen.
Kontakt:
andre.meins@polizei.bremen.de





Lieber die Sonne sehen als grauen Alltag?

- dann nehmen Sie sich eine kleine Auszeit!

z. B. Dom. Republik · Playa Bavaro · Iberostar Bavaro Suites*****
am 30.01.2020 ab Hannover · 7 Tage · Spar Juniorsuite · All Inclusive
p. P. ab 1600,- €

Wir beraten Sie gerne!

Wie gewohnt erhalten alle GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen
einen Reisekostenzuschuss in Höhe von 5% des Reisepreises.



GdP-Touristik

Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover

Telefon 0511-530380 / Telefax 0511-5303850

eMail: service@gdp-service.de

Veranstalter: schauinsland-reisen gmbh · Stresemannstraße 80 · 47051 Duisburg



FACHAUSSCHUSS POLIZEIVERWALTUNG**Im Gespräch mit der Referatsleiterin 25**

Am 27. Juni 2019 hat in der Geschäftsstelle der GdP Niedersachsen die diesjährige Sitzung des Fachausschusses Polizeiverwaltung stattgefunden. Der Vorsitzende Detlef Ruppelt konnte zur Sitzung die Referatsleiterin 25 – Personal – im Landespolizeipräsidium, Dr. Susanne Graf, gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Henning Dreyer sowie den Landesvorsitzenden der GdP Niedersachsen, Dietmar Schilff, begrüßen.

Dr. Graf brachte zum Ausdruck, dass sie der Einladung der GdP sehr gern nachgekommen sei, um über die aktuellen Maßnahmen in der Polizeiverwaltung zu berichten. Nachdem bereits am 22. Februar 2019 die derzeitige Situation mit Staatssekretär Stephan Manke erörtert worden war, galt es nun zu erfahren, welche Maßnahmen beziehungsweise Überlegungen sich daraus ergeben haben.

In einer freundlichen und von besonderer Offenheit geprägten Atmosphäre wurden von den Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksgruppen eindrucksvoll die derzeitigen Probleme im Bereich der Polizeiverwaltung dargestellt, insbesondere sind dabei zu nennen:

- Nachwuchsgewinnung bzw. Nachbesetzung im Zusammenhang mit der hohen Fluktuation in andere Verwaltungen,
- sachgerechte Dienstpostenbewertung,
- Nutzung des Gleitvermerkes,
- Stellenplanobergrenzenregelung,
- Umsetzung des Freisetzungsprogramms,
- Stellenwert der Verwaltung.

Referatsleiterin Dr. Graf berichtete, dass der Staatssekretär infolge des Treffens im Februar einige Aufträge an das Referat 25 erteilt habe. Zunächst sei es ein besonderes Anliegen des MI, den Stellenwert und die besondere Bedeutung sowie die Attraktivität der Verwaltung zu erhöhen, um auch entsprechend qualifizierten Nachwuchs gewinnen zu können. Bei der Polizeidirektion Lüneburg startet gerade ein Projekt mit dem Ziel, eine Binnengerechtigkeit zu erreichen. Die Kurzformel laute dabei „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Dienstposten wie zum

Beispiel in den Bereichen Personal, Kfz/WuE/KT oder Aus- und Fortbildung und deren Bewertung beziehungsweise die Besetzung mit Polizeivollzugsbeamten/-innen, Verwaltungsbeamten/-innen und Tarifbeschäftigten sollen miteinander verglichen werden. Auf diese Weise können im Folgenden systematisch im Rahmen einer Strukturanalyse alle geeigneten Arbeitsplätze untersucht werden. Aus den dabei erhobenen Zahlen, Daten und Fakten könnten ggf. Folgerungen begleitet werden, um Ungleichgewichte zu beheben.



Der FA Verwaltung hat sich am 27. Juni 2019 in der Geschäftsstelle in Hannover getroffen.

Foto: GdP

Der stellvertretende Referatsleiter Dreyer regte im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung beziehungsweise Nachbesetzung von Verwaltungsdienstposten und -arbeitsplätzen an, das „Marketing“ der Polizeiverwaltung zu verbessern und die spannenden Arbeitsplätze im „Team Polizei“ mit ihren Besonderheiten herauszustellen. Auch insofern sollten verstärkt Praktikumsplätze und Ausbildungsstationen durch die Behörden angeboten und die damit verbundenen Chancen Polizeiverwaltung zu präsentieren und kennenzulernen, genutzt werden.

Zudem sollen seitens des Finanzministeriums ressortübergreifend die Stellenplanobergrenzen zum 1. Januar 2020 angepasst und erhöht werden, sodass sich hierdurch größere Spielräume, auch bei der Nutzung des sogenannten „Gleitvermerkes“, ergeben und mehr Perspektiven für Verwaltungsbeamte/-innen eröffnet werden. Diese Anpassungen werden allerdings durch die Ressorts aus dem Bestand gegenzufinanzieren sein.

Im Hinblick auf die augenscheinlichen Probleme und Unwuchten, die durch das Stellenverteilungsmodell Verwaltung in den Polizeibehörden auftreten, wurde die PD Oldenburg federführend damit beauftragt, dieses Modell generell zu betrachten und zu überprüfen, inwieweit es Möglichkeiten gibt, den Prozess eines Stellenausgleiches zwischen den Behörden zu beschleunigen.

Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmenden, dass das Polizeiverwaltungspersonal wesentlicher Bestandteil der Polizei ist und im

Rahmen des Gesamtauftrags in diese fest integriert sein und dementsprechende Wertschätzung und Anerkennung erfahren muss.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff kritisierte in diesem Zusammenhang, dass nach wie vor von der sogenannten „Polizeidichte“ die Rede sei. Damit sei die Anzahl der Polizeivollzugsbeamten/-innen in Relation zur Bevölkerungszahl gemeint. Tatsächlich sollte aber von einer „Personaldichte“ gesprochen werden, die auch die am gemeinsamen Auftrag der Polizei mitwirkenden Verwaltungsbeamten/-innen und Tarifbeschäftigten einbezieht.

Verwaltungsaufgaben müssen auch von Verwaltungskräften wahrgenommen werden, forderte Schilff.

Abschließend wurde vereinbart, weiterhin im Gespräch zu bleiben, um gemeinsam die Attraktivität der Verwaltung zu erhöhen und neue Perspektiven zu schaffen.

Detlef Ruppelt



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termincheck

**JHV der KG Göttingen
am 18. 9. 2019**

Die KG Göttingen lädt am 18. September 2019 um 15:30 Uhr zur ihrer diesjährigen JHV ein. Veranstaltungsort ist der große U-Raum in der Otto-Hahn-Str. 2, 37079 Göttingen. TOP werden u. a. die Neuwahlen des Vorstandes und die Vorstellung der Kandidatenliste für die bevorstehenden Personalratswahlen 2020 sein. Für das leibliche Wohl ist wie immer gesorgt.

Stephi Lindner

**JHV der KG Lüneburg
am 24. 9. 2019**

Am Dienstag, den 24. September 2019, findet ab 16 Uhr die JHV der KG Lüneburg statt. Wir treffen uns in der Marinekameradschaft Lüneburg, Lise-Meitner-Str., hinter der Feuerwehr. Als Haupttagesordnungspunkt stehen die Listenaufstellungen für die Personalratswahlen in 2020 an. Außerdem wollen wir den Tag mit einem zünftigen Grillbüffet und Getränken bei guten Gesprächen ausklingen lassen.

Hauke Papenberg

**Wintersause der KG Cuxhaven
am 1. 11. 2019**

Save the Date! Am 1. November 2019 ab 16 Uhr findet zum ersten Mal die Wintersause der Kreisgruppe Cuxhaven statt. Der Vorstand würde sich über eine rege Teilnahme freuen. Also: Termin schon einmal vormerken. Nähere Informationen gibt es dann in der nächsten Ausgabe der „Deutsche Polizei“.

Der Vorstand freut sich auf eine schöne Wintersause!!!

René Reisner

NACHRUFE

*Die Gewerkschaft der Polizei –
Landesbezirk Niedersachsen –
trauert um folgenden verstorbenen
Kollegen:*

Backhaus, Rolf

26. 11. 1952

Krs.-Gr. PA Oldenburg

*Wir werden sein Andenken
in Ehren halten*

GdP VOR 50 JAHREN

1969 – Helmut Schirmmacher wird Landesvorsitzender

Was bewegte Kreis- und Bezirksgruppen vor zwanzig Jahren? Und welche Probleme waren auch schon vor Jahrzehnten Gesprächsthema? Gehen Sie mit uns auf Zeitreise und blicken Sie zurück auf 70 Jahre GdP – denn in diesem Jahr steht unser Jubiläum an. In dieser Ausgabe geht der Blick 50 Jahre zurück – ins Jahr 1969.

Auf Einladung der JUNGEN GRUPPE (GdP) der BePo Braunschweig diskutierte der niedersächsische Innenminister Richard Lehnert im Februar 1969 mit jungen Kollegen der Bereitschaftspolizei. Der Innenminister betonte dabei, dass er gegen eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte sei. GdP-Landesgeschäftsführer Walter Heinemann forderte von Lehnert eine Erweiterung der

Mitbestimmung für Personalvertretungen.

Vom 28. bis 30. Mai fand in Hannover der 17. Landesdelegiertentag der GdP statt. Zum Ersten Vorsitzenden wurde der Kollege Helmut Schirmmacher gewählt. In einem Beschluss forderte der Landesdelegiertentag „A 10 als Endstufe für den mittleren Dienst!“ Bundesweit wurde derweil die Einführung einer Wechselschichtzulage gefordert.

Interessante Einblicke in die Ausgestaltung des Herbstballs der GdP-Kreisgruppe Osnabrück bietet zudem ein Beitrag aus dem LandesJournal 12/1969. Höhepunkt des Balls war demnach eine festliche Modenschau sowie der Auftritt eines 14-jährigen Entertainers aus Rheine, dessen Stimbruch jedoch offenbar für einige Verständnisprobleme sorgte.

Philipp Mantke



**GdP-Seminar
der Landesseniorengruppe
27. und 28. November 2019
Land- und Seminarhotel
„Jeddinger Hof“**

Heidmark 1, 27374 Visselhövede
Seminarleitung: Erwin Jark

Mittwoch, 27. November 2019
(bis 9.30 Uhr Anreise der Teilnehmer)

10–10.30 Uhr: Begrüßung, Seminarablauf und Vorstellungsrunde; Erwin Jark

10.30–11.30 Uhr: Gewerkschaftlicher Situationsbericht; Dietmar Schilff, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen

11.30–12.30 Uhr: AktivProgramm für Senioren (APS); Manfred Forreiter

12.30–13.45 Uhr *Mittagspause*
13.45–15.30 Uhr: AktivProgramm für Senioren (APS); Manfred Forreiter

15.30–18 Uhr: Gesundheitliche Vorsorge bzgl. Ernährung und Rücken; Anja Gander, Gesundheit/Sport PD Braunschweig

ab 18.30 Uhr: Abendessen und Kamingsprache

Donnerstag, 28. November 2019

9–10 Uhr: Informationen aus der Landesseniorenarbeit; Erwin Jark

10–12 Uhr: Erfolge und Schicksale der Gewerkschaftsarbeit in der Weimarer Republik, Bedeutung/Mahnung für heute; Ralf Hermes, Vorsitzender GdP-Bezirksgruppe Göttingen

12–13.30 Uhr: *Mittagessen*
13.30–15 Uhr: „Was erzählt dir dir denn da für eine Geschichte ...“; Pastor Axel Kullik, Polizeiseelsorger PD Oldenburg und Region Ostfriesland

15–15.30 Uhr: Feedback und Verabschiedung

Anmeldung bis 30. September 2019 an gdp-niedersachsen@gdp.de.

